



Großer Erfolg trotz Minimalkonsens

Der Landesverband der Berliner Geschichtslehrer begrüßt die Entscheidung der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie, die geplanten Änderungen zur Belegungspflicht in der Verordnung Gymnasiale Oberstufe (VO-GO § 25) zurückzunehmen, sodass die Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte weiterhin verpflichtend für angehende Berliner Abituriентinnen und Abituriентen bleibt.

Diese Entscheidung ist von besonderer Bedeutung, da sich bereits heute zeigt, dass die Beschäftigung mit der DDR-Geschichte in der Sekundarstufe I häufig zeitlich stark begrenzt ist und vielfach nur verkürzt stattfindet. Ohne eine verpflichtende Vertiefung in der gymnasialen Oberstufe bestünde die reale Gefahr, dass zahlreiche Schülerinnen und Schüler die Schule verlassen, ohne sich über die 10. Klasse hinaus systematisch mit der kommunistischen Diktatur, der Teilung Berlins und Deutschlands sowie der Friedlichen Revolution auseinandergesetzt zu haben. Dies beträfe nicht nur historisches Faktenwissen, sondern ebenso das Verständnis zentraler Aspekte wie Diktaturmechanismen, Opposition, Zivilcourage und demokratische Grundrechte. Dass diese Auseinandersetzung nun weiterhin verbindlich bleibt, ist daher ein wichtiger Schritt zur Stärkung historisch-politischer Bildung in Berlin.

Durch das koordinierte und frühzeitige Engagement unseres Landesverbandes in enger Zusammenarbeit mit der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur sowie dem Bundesverband der Geschichtslehrerinnen und -lehrer Deutschlands ist es gelungen, ein breites Medienecho für dieses hochrelevante Thema zu erzeugen. Dieses war durchweg von großer Aufmerksamkeit und deutlicher gesellschaftlicher Resonanz geprägt. Dass selbst überregionale Tageszeitungen und Fernsehsender über die mögliche Streichung der DDR-Geschichte in Berlin berichtet haben, unterstreicht, wie zentral diese Frage für die inhaltliche Stärkung unseres Faches und für einen qualitativ hochwertigen Geschichtsunterricht ist. Zugleich ist dieser Erfolg ein starkes Zeichen einer lebendigen Zivilgesellschaft und des beherzten Engagements unserer Verbandsmitglieder. An dieser Stelle gilt unser Dank auch Senatorin Günther-Wünsch und ihrem Stab für das schnelle Einlenken sowie den konstruktiven Austausch über mögliche Lösungen.

Trotz dieses wichtigen Erfolgs betrachten wir das erzielte Ergebnis aus fachlicher und bildungspolitischer Perspektive lediglich als Minimalkonsens. Zwar werden die beiden Diktaturen des 20. Jahrhunderts auf deutschem Boden, der Nationalsozialismus und der SED-Staat, weiterhin verpflichtend behandelt, eine weiterführende Beschäftigung mit den Revolutionen von 1789 und 1848/49 sowie mit der Industriellen Revolution bleibt jedoch weiterhin fakultativ. Gleches gilt für eine vertiefte Auseinandersetzung mit der deutschen und europäischen Kolonialgeschichte zur Zeit des Hochimperialismus und deren Auswirkungen bis in unsere Gegenwart.

Ziel des Geschichtsunterrichts ist es, ein reflektiertes Geschichtsbewusstsein auszubilden. Schülerinnen und Schüler sollen befähigt werden, historische Deutungen kritisch zu hinterfragen, zwischen Vergangenheit und Gegenwart zu unterscheiden und

historische Erfahrungen auf aktuelle gesellschaftliche Herausforderungen zu beziehen. Damit leistet der Geschichtsunterricht einen zentralen Beitrag zur demokratischen Urteilsfähigkeit, zur politischen Orientierung und zur aktiven Teilhabe in einer pluralen Gesellschaft. Vor diesem Hintergrund haben wir als Landesverband der Berliner Geschichtslehrer den neuen Rahmenlehrplan für die gymnasiale Oberstufe und die damit verbundene Einführung eines Basismoduls in Q4 zur vertieften Auseinandersetzung mit ausgewählten Feldern der Geschichtskultur – Nationalsozialismus, DDR-Geschichte und Kolonialismus – ausdrücklich begrüßt. Dass dieses Semester weiterhin fakultativ bleibt, können wir angesichts aktueller gesellschaftlicher Entwicklungen wie der Verharmlosung von Diktaturerfahrungen, der Verbreitung geschichtsrevisionistischer Narrative, postkolonialer Debatten sowie der wachsenden historischen Distanz junger Generationen nicht nachvollziehen. Diese Entwicklung steht zudem in einem deutlichen Spannungsverhältnis zu den Zielen, die der Berliner Senat selbst formuliert hat. Im Koalitionsvertrag wird die besondere Bedeutung der Erinnerung an die nationalsozialistische Vergangenheit ebenso wie an die SED-Diktatur und auch an die Kolonialgeschichte ausdrücklich hervorgehoben. Die Stärkung der Erinnerungskultur, die Unterstützung von Gedenk- und Lernorten sowie die Vermittlung der Geschichte von Diktatur und Demokratie werden dort als zentrale Aufgaben benannt. Diese Zielsetzungen müssen sich auch im schulischen Unterricht verbindlich widerspiegeln.

Gleichzeitig sehen wir die nun vollzogene Änderung der Reihenfolge der vier Pflichtsemester aufgrund einer fehlenden chronologischen Struktur kritisch. Historisches Lernen ist grundlegend auf die Einsicht in zeitliche Abfolgen, Ursachen- und Wirkungszusammenhänge sowie Kontinuitäten und Brüche angewiesen. Um ein angemessenes Verständnis von Wirkungszusammenhängen in einer Einwanderungsgesellschaft zu vermitteln und Geschichtsbewusstsein auszubilden, bedarf es einer angemessenen Breite auch von außerdeutschen und außereuropäischen Themen sowie der Reflexion implizit gewordener Zeitkonzepte. Ein kohärenter, strukturierter Geschichtsunterricht bleibt daher unverzichtbar, um historische Orientierung zu ermöglichen und junge Menschen zu befähigen, Entwicklungen der Gegenwart kritisch einzurichten.

Als Landesverband der Berliner Geschichtslehrer fordern wir daher mit Nachdruck eine verbindliche Belegung aller vier Pflichtsemester Geschichte in der Oberstufe, äquivalent zur Regelung in Brandenburg, sowie eine chronologisch nachvollziehbare Anordnung der Semester. Der neue Rahmenlehrplan entfaltet seine Wirkung erst dann, wenn die vorgesehenen Inhalte alle Schülerinnen und Schüler erreichen und in der konzipierten Form umgesetzt werden. Weiterhin bitten wir eindringlich darum, bei künftigen Änderungen von Lehrplänen, Prüfungsformaten o.ä. deutlich einzbezogen zu werden. Wir stehen zur konstruktiven Beratung bereit.

Mit freundlichem Gruß

Lea Honoré,
Vorsitzende des Berliner
Geschichtslehrerverbands



Niko Lamprecht
Bundesvorsitzender des VDG e.V.

